



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Hamburg
Kreis Wandsbek
Arbeitsgemeinschaft 60plus

Jahresbericht 2011
Themen
Beschlüsse
Namen



Funktionsträger und Aktive

Ahrens, Elke
Ahrens, Fred
Baar, Wolfgang
Bantin Rita
Bonn, Heidi
Burmeister, Eva-Maria
Böhnke, Heinz Dieter
Böhnke, Christel
Brück, Sigrid
Braade, Helga
Brandt, Armin
Coldewey, Jan
Dzuber, Sigrid
van Diemen, Marga
Ewald, Klaus
Feldvoss, Margard
Geckler, Helga
Hagedorn, Gerd
Hagedorn, Helga
Harries, Günter
Hinsch, Peter
Hermann, Rainer
Herch, Günter
Jakobsen, Monika
Kaninck, Peter
Köntges, Wilhelm
Körner, Grete
Knoop, Barbara

Köhn, Helmut
Kunde, Christel
Landt, Herbert
Lemke, Dietrich
Lübcke, Günter
Mahler, Holger
Münster, Elke
Murr, Heidemarie
Niemann, Dorothea
Paepke, Gerd
Peter, Armin
Pingel, Annegret
Pingel, Horst
Rehders, Otto
Riemann, Waltraut
Schlichting, Klaus
Seide, Michael
Seidel, Dieter
Soost, Ilse
Stadler, Ursula
Stapelfeldt, Werner
Störmer, Wolfgang
Teichert, Christiane
Tölg, Rüdiger
Viole, Harald
Vogel, Manfred
Wachsmann, Helmut
Weckel, Ludolf
Wendt, Helga

Günter Lübcke

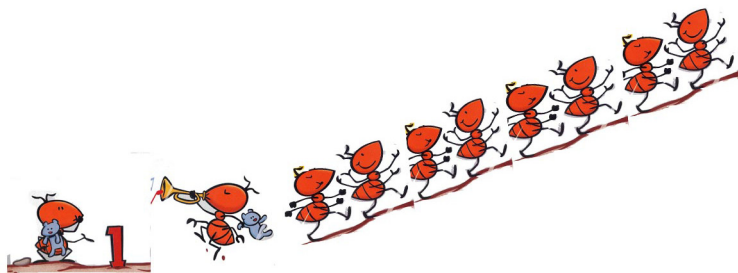


Editorial

Zum vierten Mal schreiben wir einen Jahresbericht über die Aktivitäten der AG-60plus in Wandsbek. Das ist eine Art Rechenschaftslegung, und gleichzeitig halten wir die eine oder andere in der Arbeit gewonnene Erkenntnis auch fest und haben so eine Grundlage, uns in die Meinungsbildung der Partei fundierter einzumischen.

Auch 2011 war ein arbeitsreiches Jahr. Unsere Partei hat nach der Bürgerschaftswahl die Möglichkeit bekommen, allein zu regieren und kann dadurch unsere sozialdemokratischen Ziele in Hamburg umsetzen, ohne dass sie dabei Kompromisse mit einem Koalitionspartner eingehen müsste.

Die Themen, mit denen wir uns in der Arbeitsgemeinschaft beschäftigt haben, haben allerdings gezeigt, dass der Spielraum für Politik auf allen Ebenen immer enger geworden ist. Das große Geld scheint die Politik auf allen Ebenen vor sich herzutreiben. Das soll uns aber nicht entmutigen, und deshalb haben wir uns in der AG-60plus nicht nur mit Problemen der Nachbarschaft befasst, sondern auch mit den großen Themen der Außen- und Friedenspolitik, die Finanzkrise, die Gefahr der Privatisierung der Wasserwirtschaft bis hin zur Frage, ob und spätestens bis wann wir eine Stadtbahn brauchen. Darüber wollen wir in diesem Heft berichten.



Friedenspolitische Ziele der SPD

Zu Gast im Januar bei 60plus-Wandsbek: Professor Dr. Dr. Giessmann, Direktor des Forschungszentrums der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung mit Sitz in Berlin. Die Stiftung verfolgt bei konkreten Konflikten u.a. eine Rolle als Mediator zwischen Konfliktparteien. So arbeitet sie mit ehemaligen nicht-staatlichen Gewaltakteuren zusammen, um diese in Friedensprozessen zu begleiten.

Genosse Giessmann nimmt Bezug auf ein Diktum von Will Brandt: „Ohne Frieden ist alles nichts.“ Dieser Grundsatz sei allerdings in der Alltagsarbeit der Partei in den Hintergrund getreten. Die Partei stecke im Dilemma zwischen dem Anspruch, Friedenspartei zu sein und Mitverantwortung dafür zu tragen, dass Deutschland seit dem Kosovokrieg in bewaffnete Einsätze verwickelt worden ist. Deren „Erfolg“ sei rückblickend durchweg eher skeptisch zu beurteilen. Die Entscheidung für den Kosovokrieg damals sei ein Sündenfall gewesen, auch wenn dies von vielen bis heute bestritten werde. Der Widerspruch des militärischen „Mittuns“ zur theoretischen friedenspolitischen Tradition unserer Partei sei bis heute nicht ausgeräumt. Wer wie Walter Steinmeier mit Blick auf Afghanistan jüngst sage, WIR haben Fehler gemacht, versteckte Verantwortung hinter der Gemeinschaft der Partei. Diese existiere in dieser Weise in der Partei aber nicht, die SPD wurde durch die Fehler der von uns mitgeführten Regierung in eine tiefe Zerrissenheit und Krise geführt. Der Kosovokrieg war Völkerrechtsbruch, das wusste man schon damals und habe es dennoch durchgesetzt. Das lasse sich auch ex post nicht aus der Welt schaffen. Gleiches gelte für das Diktum des damaligen Bundeskanzlers Schröder einer uneingeschränkten Solidarität gegenüber den USA nach 9/11. Uneingeschränkt im geäußerten Sinne könne es nicht geben. Weder in der Tradition der Partei, noch im Zusammenhang mit den grundgesetzlich auferlegten, wohlbegründeten Restriktionen (Art. 26 GG) in der Frage der Beteiligung an (der

Vorbereitung von) Angriffskriegen. Selbst an der oft betonten kritischen Position der Regierung zum Irakkrieg bestünden Zweifel fort, ob nicht auch wahltaktisches Kalkül eine Rolle gespielt habe, während gleichzeitig stillschweigend unterstützende Maßnahmen für den Einsatz gewährt wurden. Taktik oder Grundverständnis? Letzteres scheine weniger überzeugend als zu Zeiten Willy Brandts. Ein gewisses Lavieren ziehe sich bis heute fort, zuletzt auf der Afghanistan-Konferenz („Endlich machen die anderen, was wir schon immer gefordert haben.“)

Genosse Giessmann weist auf ein Grundproblem hin: Es gebe in der Gesellschaft insgesamt eine Sehnsucht nach einfachen Lösungen. Das Weißbuch der Bundeswehr 1992 bot neue Feindbilder für die Legitimation bewaffneter Einsätze an. Bewaffnete Einsätze sind aber – das zeigen die Operationen seither – nicht gut geeignet, die Probleme unserer Zeit zu lösen oder auch nur „auf Distanz zu halten“, wie damals formuliert wurde. Die eigentlichen Probleme seien andere, seien globale Umbrüche, die nur global und nur in Zusammenarbeit bewältigt werden können. Die Vereinten Nationen seien auf die Staatenwelt eingestellt, heute seien aber nach statistischen Kennziffern mindestens 74 der 192 Staaten als fragil zu bezeichnen. Es gebe eine wachsende Schere zwischen armen und reichen Staaten

sowie schwindende Autoritäten und gelegentlich eine Ohnmacht der Weltgemeinschaft, zu helfen. Nicht immer sei Zurückhaltung Ohnmacht, sondern gelegentlich sei diese offenbar auch gewollt. Deutschland gebe z.B. mit gerade 0,35% des BSP 50% der zugesagten Entwicklungshilfe im Rahmen der Millenniumsziele der Vereinten Nationen aus. Entwicklungshilfe könne eine wichtigere Investition in Frieden und Sicherheit sein, als zu versuchen, Konflikte und Krisen mithilfe der Bundeswehr von uns fern zu halten.

Die Frage sei auch, wie wir zukünftig mit der ungleichen Ressourcenverteilung umgehen, die Klimaprobleme lösen, uns zu regionalen Konflikten (Iran) verhalten, die Nichtverbreitung von waffenfähiger Nukleartechnologie durchsetzen (Indien, Pakistan, Israel seien nicht Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrags), organisierte Kriminalität bekämpfen. Eine Schlussfolgerung sei: Niemand könne die Probleme allein lösen. Für alle diese Probleme gebe es keine militärischen Lösungen und insgesamt auch keine einfachen Lösungen. In unserer Fraktion gebe es nur wenige Abgeordnete, die sich für außenpolitische und friedenspolitische Problemstellungen interessieren. Dass der frühere Außenminister bestrebt sei, sein politisches Erbe zu bewahren, sei verständlich, es hülfe aber nicht ausreichend bei der Rückbesinnung auf die friedenspolitischen Traditionen der SPD und einer Neuaufstellung unserer Ziele. Die Aufarbeitung müsse von der ganzen Partei forciert und durchgesetzt werden. Nur so werden wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.



Prof. Giessmann

Entspurt zur Bürgerschaftswahl

Um den Kontakt zwischen Arbeitsgemeinschaft und Kreisvorstand zu pflegen, ist es regelmäßiger Brauch, dass der Kreisvorsitzende aus der Vorstandsarbeit und der Bürgerschaft berichtet und sich den Fragen der AG-60plus stellt. Im Februar ging es dabei weniger um Grundsätzliches als um viel Handwerkliches, Konkretes, Wahlkampforganisation eben:

Worauf wollen wir im Wahlkampf vor dem Hintergrund des Fairnessabkommens achten, welche Konsequenzen sind aus der vorzeitigen Beendigung der Legislaturperiode zu ziehen, mit welchen Botschaften unseres Wahlprogramms wollen wir besonders punkten. Oder: Was bedeutet es, wenn das Wahlprogramm extrem stark auf den Spitzenkandidaten Olaf Scholz zugeschnitten ist; aber - so Karl, „mit dem Mann kommen wir dann inhaltlich und personell auch klar.“ Die Erfah-



Karl Schwinke

rungen in den letzten Veranstaltungen – zuletzt im AEZ – hätten gezeigt, meint Karl Schwinke, dass wir bei den „Bürgerlichen“ Zuspruch fänden, sagt Karl. Er habe bei einem Frühstück mit der Hafenwirtschaft das Gefühl bekommen, dass Unternehmen und Betriebsräte sehr interessiert seien an einem Wahlsieg der SPD möglichst mit einer Mehrheit, die eine Alleinregierung ermöglicht. Zur Wahlkampfstrategie: „Wir werden Wähler sicher nicht im linken Spektrum zurückholen,“ sagt

Karl, aber im Bereich der bürgerlichen Mitte läge für uns dieses Mal das Wählerpotenzial. Wer die Äußerungen der GAL wahrgenommen habe, könne sehen, dass diese sich auch schon davor fürchten, dass wir es auch ohne sie schaffen.

In der Diskussion mit dem Kreisvorsitzenden geht es schließlich noch um die Frage der Finanzierung unserer im Wahlkampf benannten Vorhaben für die Stadt. Olaf habe ja den amerikanischen Slogan aufgegriffen „pay as you go“, d.h. man wolle nur die Dinge anpacken, die überschaubar im Haushalt abzusichern seien. Der Vorsitzende schloß schließlich die Sitzung mit einem Dank an Karl und einem anspornenden Appell an die Anwesenden, sich im Wahlkampf kräftig zu engagieren.

Frieden in Afghanistan

Zur Nachbearbeitung der Sitzung mit Prof. Gießmann im Januar hatte eine kleine Arbeitsgruppe ein Schreiben an einige unserer Bundestagsabgeordneten geschrieben. Auszüge finden Sie/Ihr im Kasten rechts.

Liebe Aydan, liebe Genossen,

Vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung vorgelegten so genannten „Fortschrittsberichts“ vom 16.12.2010 möchten wir euch unsere Einschätzung der Situation mitteilen:

1. Der Krieg in Afghanistan hat sich - je länger er andauert - weiter verschärft und hat zunehmend mehr Opfer gefordert, d.h. die alliierten Truppen sind nicht, was sie nach der UN-Resolution 1401 sein sollten, eine Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, sondern sie sind Krieg führende Partei in einem fremden Land.

2. Die von den USA vorgegebenen Kriegsziele haben sich im Laufe der Jahre geändert. Ging es nach 9/11 um die Bekämpfung des Terrorismus, so werden heute Frauenrechte, Bildung und demokratische Strukturen in den Vordergrund der Öffentlichkeitsarbeit gestellt. Tatsächlich ging und geht es – jedenfalls auch – um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen (z.B. das Gaspipeline-Vorhaben der Unocal), um Bodenschätze und um die Absicherung der geo-strategischen Interessen der USA.

3. Der Krieg in Afghanistan ist u.E. nicht vereinbar mit dem Völkerrecht. Nach Artikel 1 der UN-Charta setzen sich die Vereinten Nationen das Ziel, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren. Ob die Weigerung der Taliban-Regierung in Afghanistan 2001 zur Auslieferung der Urheber der Anschläge vom 11. September 2001 ein legitimer Kriegsgrund der USA gewesen sein mag oder nicht, ist heute unerheblich, denn – wie jetzt aus dem „Fortschrittsbericht“ hervorgeht – wurde den „Terroristen“ in Afghanistan mit dem Sturz der Taliban und dem „entschlossenen

Brauchen wir die Stadtbahn?

Günter Elste, Vorstandsvorsitzender der Hamburger Hochbahn AG, im März zu Gast bei der AG 60plus-Wandsbek, beantwortete gleich zu Anfang seines Referats die Kernfrage: Ja, wir brauchen die Stadtbahn, ja, wir werden sie im kommenden Jahrzehnt sicher auch bekommen. Es gebe auf dem Kontinent nur eine Stadt, die keine Stadtbahn habe, und das sei Hamburg.

Seit 2006 stiegen die Fahrgastzahlen um insgesamt über 11 Prozent. Die Ursache seien das Wirtschaftswachstum, das stets größer sei als im Durchschnitt der BRD, und der Zuwachs an Beschäftigten



Günter Elste

zu befördern. Engste Taktdichte sind 5 Minuten, 1300 Fahrgäste in einer Stunde. Inzwischen sei die Hochbahn bei 2000 Personen pro Richtung und Stunde. Das nächst größere Verkehrsmittel neben dem Gelenkbus sei der Doppelgelenkbus. Diese seien aber keine Lösung des Problems, weil sie im Vergleich zu den anderen Bussen zu anfällig sind. Von den 26 im Betrieb seien immer 4 bis 5 in der Werkstatt... Das Protokoll des Gesprächs mit Günter Elste kann im Netz bei 60plus heruntergeladen werden.

Water Makes Money

mit einem entsprechenden Fernwanderungsgewinn. Dabei müsse das Angebot an öffentlichen Transportmitteln (gemessen in Wagenkilometern) der Nachfrage entsprechen. Es gebe einen weiteren Grund für den Umstieg der Hamburger Bevölkerung auf öffentliche Verkehrsmittel. Das sei die Preisentwicklung von Benzin und Diesel. Als die Benzinpreise zwischenzeitlich reduziert wurden, gingen die Fahrgastzahlen nicht wieder zurück. Die Pendler hätten gemerkt, dass die Reisezeit mit dem Metronom nicht länger sei als mit dem Auto und unabhängig von Staus. Ein Nebeneffekt sei darüber hinaus, dass die CO2-Bilanz günstiger sei. Immer mehr Strecken seien problematisch geworden, weil die Busse die Fahrgastzahlen in den Spitzen nicht bewältigen können. Heute gebe es 15 Busse in zusätzlicher Bereitschaft, um neben dem normalen Betrieb die Menschen

ist der Titel des Films, zu dem die AG 60plus im März eingeladen hatte. Die Filmemacher kritisieren die Privatisierung von kommunalen Wasserversorgern. Das Ergebnis der Privatisierung, ist nicht nur, dass das Wasser teurer wurde, die Qualität des Wassers wurde auch schlechter. Mehr bei Youtube im Netz.



Vorgehen gegen das Terrornetzwerk Al Quaida“ bereits 2002 der „sprichwörtliche Boden entzogen“. Spätestens also seit 2002 liegen im Afghanistan-Krieg keine Ausnahmetatbestände vom Gewaltverbot nach Art.2 Abs.4 der UN-Charta vor. Für die Tötung vieler Tausender Zivilisten und Soldaten gibt es keinerlei Rechtfertigung. Zumindest sehen wir das Gebot der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz der militärischen Mittel in Afghanistan sträflich vernachlässigt.

In der Bundestagsdebatte im Dezember 2010 hat der Genosse Gernot Erler auf wesentliche Lücken in dem von der Bundesregierung vorgelegten Fortschrittsbericht hingewiesen. Hinzuzufügen wäre die Nichterwähnung des Einsatzes privater so genannter Sicherheitsdienste, Söldnertruppen der Firmen DynCorp, Armor Group oder Erinys. Der Einsatz solcher privat organisierter (outgesourcter) aber staatlich finanzierter Soldateska durch unsere Bündnispartner in Krisengebieten ist nicht akzeptabel.

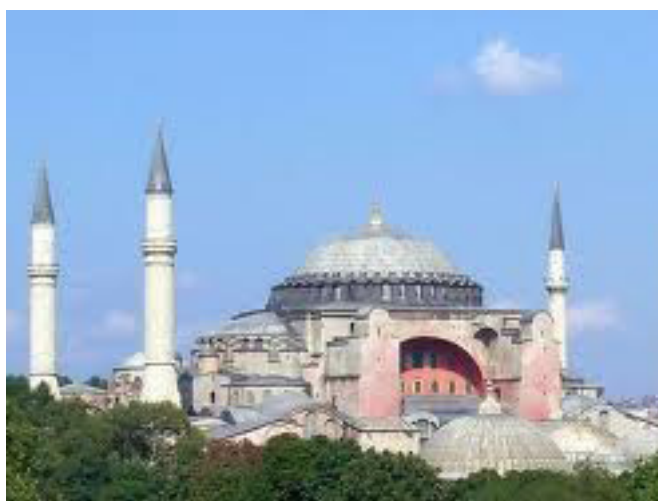
Liebe Genossinnen und Genossen, nach unserer Auffassung ist die Lösung des Afghanistankonflikts ausschließlich über einen Verhandlungsfrieden zu suchen. Ob Deutschland dabei eine vermittelnde Rolle spielen kann, ist fraglich. Deshalb bleibt unsere einzige Aufgabe nach Abzug unserer Truppen, Afghanistan beim Wiederaufbau humanitär und finanziell vornehmlich über die dort bereits tätigen Hilfsorganisationen zu unterstützen.

Euer Günter Lübcke

Der „friedliche“ und der „aggressive“ Islam

Unser Referent im April, Genosse Yildiz, ist türkischer Herkunft und lebt in 2. Generation in Deutschland. Sein Vater kam in den Sechzigerjahren als Schweißer nach Deutschland. Yildiz Referat bei 60plus wurde zu einer veritablen Lehrstunde, in der er ein Islam-Bild zeichnete, das nicht in unsere üblichen Vorstellungen und schon gar nicht in die Klischees unserer Medien passt.

Genosse Yildiz führt aus, für die Muslime sei die Thematik schwierig, weil der Islam selbst ungern mit Vokabeln „aggressiv“ oder „militant“ qualifiziert werde. Das arabische Wort Islam bedeute „Hingabe“, „Unterwerfung“ unter den Willen Allahs. Sein Stamm, die Wurzel s-l-m,



Hagia Sophia in Istanbul

steckt auch in „muslim“, „dem sich Gott Hingebenden“, in „salam“ oder „silim“, Frieden, in „aslama“ „sich ergeben“ sowie in der arabischen Begrüßungsformel „assalam aleikum“, was übersetzt heißt „Der Friede sei mit euch“. (vgl. auch focus.de/wissen/bildungslexikon) Muslime – so unser Referent – glaubten, dass der Begriff Islam „Frieden“ aber auch „Unterordnung zu Gott“ bedeute. Oberstes Gebot des Koran sei der friedliche Umgang mit den Mitmenschen und auch mit anderen Religionen.

Ein weiterer häufig missverständlicher Begriff sei der „Jihad“. Die Übersetzung „Heiliger Krieg“ sei nicht korrekt, vielmehr bedeute Jihad „etwas mit Überzeugung zu tun“. Wenn ich jemand über die

Straße leite, so der Genosse Yildiz, sei das Jihad. Aber auch eine kriegerische Handlung könne Jihad sein. Gewalt sei dann legitim, wenn sie Unrecht verhindere. Der Prophet Mohammed soll gesagt haben: der große Jihad sei der Kampf mit sich selbst, der kleine sei z.B., eine kriegerische Handlung. Seine eigenen Fehler auszumerzen, gehöre zum großen Jihad. Unser Bundespräsident und auch der Innenminister hätten Aussagen zum Islam gemacht, die nicht ganz deckungsgleich seien: Der Bundespräsident meinte, der Islam sei Teil

Deutschlands. Immerhin gebe es in Deutschland über 160 Moscheen. Der Innenminister hebe dagegen die „deutsche Leitkultur“ hervor. Unser Referent fragt sich, warum die Islamkonferenz nicht besser bei einer anderen Stelle als beim Innenminister angebunden wäre. Die Muslime möchten sich schließlich nicht auf Fragen der inneren Sicherheit reduzieren lassen. Ob der Islam also eine friedliche oder aggressive Religion sei, würde ein Moslem eindeutig beantworten: Der Islam ist friedlich. Aufgabe in der Gesellschaft sei es, friedlich mit ihren Mitbürgern zusammenzuleben. Inzwischen fühlen sich die muslimischen Migranten hier beheimatet, lassen sich inzwischen auch hier begraben.

Zur Frage deutscher Sprachkenntnisse: Genosse Yildiz habe seinen Vater gefragt, warum er nicht vernünftig deutsch gelernt habe: Die Antwort war schlicht: Nach 12 Stunden Schweißerarbeit bei Blohm und Voss habe er dazu keine Kraft mehr gehabt. Sein Ziel war es, sich einen Traktor zu erarbeiten. Dazu hatte er fünf Jahre in Deutschland arbeiten wollen. Aus 5 Jahren wurden 10 etc. Deshalb blieb er bis ins Rentenalter nicht integriert. Kontakte mit der Mehrheitsgesellschaft blieben aus. Trotzdem war das Verhältnis zwischen Muslimen und Deutschen entspannt. Radikal verschlechtert habe es sich seit 9/11.

Der Referent schließt mit einer Weisheit: Wenn ihr einen Menschen kennen lernen wollt, heißt es, müsst ihr sein Essen essen, ihr müsst mit ihm einen Handel machen und drittens eine gemeinsame Reise unternehmen. Das passiere selten, und so sei man sich fremd geblieben. Trotzdem: Es ginge im Ergebnis darum, wie man miteinander umgeht.

In der anschließenden Diskussion geht es um die Rolle der Frau im Islam, um Schleier und Burka, um Kriminalität unter muslimischen Jugendlichen, die Sharia.

Genosse Yildiz geht geduldig auf die Hinweise und Fragen ein: Es gebe nicht den Islam. Er sei nicht monolithisch, es gebe viele Facetten, wie am Beispiel Saudi Arabien deutlich werde. Wir diskutierten den Islam auch in Ländern, die längst nicht die Entwicklung gemacht hätten, wie die Länder Europas. Migranten aus Ostanatolien stünden nicht exemplarisch für den Islam insgesamt...

Steuergerechtigkeit und Neue Regelungen für die Heuschrecken

Ortwin Runde gehört zu der kleinen Gruppe Politiker, die das Geschehen an den Finanzmärkten noch beurteilen können. Die AG-60plus in Wandsbek hat das Glück, ihn regelmäßig einmal im Jahr als Referenten zu erleben. Dieses Mal hatte sein Referat gleich zwei Schwerpunkte: Die Krise der Finanzmärkte und eine darauf abgestimmte Steuerpolitik.

Der Chronist dieses Jahresberichts konnte an der Sitzung der AG-60plus im Mai leider nicht teilnehmen, deshalb hat die Redaktion auf das Gedächtnisprotokoll eines Teilnehmers zurückgegriffen:

Zur Erinnerung: Seit Ausbruch der Finanzmarktkrise fordert die SPD

1. eine Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute!

2. Strengere Bilanzierungspflichten der Finanzinstitute!



Dirk Kienschurf

3. Mindestens 20 Prozent Selbstbehalt bei Verbriefungen!
4. das Verbot von Leerverkäufen!
5. die Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme!
6. eine Persönliche Haftung der Verantwortlichen!
7. die Europäische Aufsicht stärken!
8. eine neue Rolle für den IWF!
9. eine straffe Regulierung von Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds;
10. Beteiligungsrechte für ArbeitnehmerInnen stärken! und
11. Steueroasen austrocknen!

Wenn man nun Bilanz zöge, ist das Ergebnis der Bemühungen um

eine Regulierung der Finanzmärkte dürftig: Die Boni fließen wie vor Ausbruch der Krise, aus den strengen Bilanzierungspflichten ist nichts geworden, Leerverkäufe wurden nur kurzfristig unterbunden. Bei Lichte besehen besteht die einzige wirkliche Maßnahme in der Erhöhung des Eigenkapitals der Banken. Die Dreistigkeit der Banken geht dabei soweit, dass sie sich diese Erhöhung auf 9 Prozent am liebsten vom Staat, also vom Steuerzahler finanzieren lassen.

Vor dieser Folie und angesichts der Steuergeschenke an die Hotel-Branche durch die schwarz-gelbe Koalition, ist darüber nachzudenken, wie die insbesondere durch die Bankenrettung in die staatlichen Haushalte gerissenen Löcher gestopft werden können. Es darf nicht sein, dass die Verschuldung der Staaten zu einem Dauerzustand wird, denn das Staatsdefizit wird mit hohen Zinsen durch den Steuerzahler finanziert, d.h. es muss erlaubt sein, solange auch über Steuererhöhungen zu sprechen, wie der Haushalt nicht ausgeglichen ist und die öffentlichen Aufgaben nicht weiter reduziert werden können.

Deshalb ist es richtig, die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer weiter zu verfolgen, auch wenn sich die USA und Großbritannien dieser Politik nicht anschließen wollen. Auch müssen die hohen Einkommen, insbesondere Kapitaleinkommen, stärker als bisher zur Kasse gebeten werden und es muss die Vermögenssteuer auf sehr große Vermögen wieder erhoben werden.

Der Bundespartei im Dezember 2011 ist der dargestellten Linie gefolgt und hat u.a. folgenden Beschluss gefasst (Kurzfassung):

„Deutschland ist besser durch die Weltwirtschaftskrise gekommen als die meisten anderen Länder. Doch immer mehr Menschen werden vom Wohlstand abgekoppelt. Zwar sinkt die Arbeitslosigkeit, aber die Zahl der schlecht bezahlten, unsicheren Arbeitsplätze steigt. Die SPD will, dass wirtschaftlicher und technischer Fortschritt allen Menschen zu Gute kommt. **Die SPD will Schulden abbauen, Steuern gerecht gestalten und in Bildung und Kommunen investieren.**

Dafür müssen die Finanzmärkte konsequent reguliert werden. Die SPD fordert u.a. eine **Spekulationssteuer (Finanztransaktionssteuer)** mindestens im Euro-Raum einzuführen und bestimmte hochspekulative Geschäfte zu verbieten. Eine **schlagkräftige europäische Aufsicht für Banken, Versicherungen und Wertpapiere** soll ebenso aufgebaut werden wie die effektivere Kontrolle von Ratingagenturen.

Um nachfolgende Generationen zu entlasten, müssen die Schulden abgebaut werden. Deshalb will die SPD die konjunkturellen Steuermehreinnahmen dafür verwenden, die Neuverschuldung zu senken. Die SPD macht keine Steuersenkungsversprechen, für die neue Schulden aufgenommen werden müssten. Unnötige und ökologisch nachteilige Subventionen sollen ebenso abgebaut werden wie selektive Steuerbegünstigungen, wenn sie nicht zielgerichtet sind, keine sozialen Nachteile ausgleichen oder sogar gesellschaftlich unerwünschtes Verhalten fördern. Insgesamt werden so knapp 15 Mrd. € gesamtstaatlich eingespart, davon 9 Mrd. beim Bund.

Um mehr in Bildung und Kommunen zu investieren, soll der Spitzensteuersatz für Bezieher höherer Einkommen auf 49 Prozent erhöht werden (ab einem jährlichen Einkommen von 100.000 €). Die SPD fordert eine Reform der Vermögens- und Kapitalertragsbesteuerung.

Für Bildung sollen ab 2016 10 Mrd. € mehr an Bundesmitteln zur Verfügung stehen. Um die Lebensqualität für alle zu steigern, sollen die Städte und Gemeinden mehr Geld für Soziales und Kultur zur Verfügung haben...

Von Atom- zu Öko-Energien: Machbar und bezahlbar?" Appell für eine nachhaltige Industriepolitik durch erneuerbare Energien!

Am 07.06.11, drei Monate nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima und drei Wochen vor der Entscheidung des Deutschen Bundestages, die im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wieder rückgängig zu machen und acht Kernkraftwerke dauerhaft abzuschalten, befasste sich die AG-60plus-Wandsbek mit dem Atomausstieg und dem Eintritt in eine neue technische Ära der Erneuerbaren Energien. Referent war der stellvertretende Vorsitzende des BUND, Manfred Körner.

Die Unfallserie von Fukushima, ausgelöst durch die Kombination von Erdbeben und Zunami führte gleichzeitig in mehreren Kernreaktoren zur Kernschmelze. Sie führte zu einer erheblichen radioaktiven Kontamination von Luft, Böden, Wasser und Nahrungsmitteln in der land- und meerseitigen Umgebung. Ungefähr 100- bis 150.000 Einwohner mussten das Gebiet verlassen. Hunderttausende in landwirtschaftlichen Betrieben zurückgelassene Tiere verhungerten. Die Bilder gingen um die Welt. Die Wucht dieser Katastrophe war derart, dass die Politik in Deutschland bereit war, eine 180 Grad-Wendung in der Energiepolitik vorzunehmen. Zunächst von den Umweltverbänden formuliert, stellten sich sehr bald alle Parteien inter die Forderung nach Abschaltung aller Reaktoren in Deutschland.

Mit dieser gemeinsamen Position in Sachen Kernenergie brach allerdings schon sehr bald wieder der Streit um den Einsatz von Kohlekraftwerken auf. »Ökologische Industriepolitik« in seiner derzeitigen Form abzulehnen. Der BUND forderte, so der Genosse Manfred Körner, die SPD müsse sich entschei-

den, ob sie künftig den Klimaschutz zu einem Kernpunkt ihrer programmatischen Arbeit machen oder die alte Kohlepartei bleiben wolle. Der Neubau von sechs Steinkohle- und drei Braunkohlekraftwerken sei mit



Dr. Manfred Körner

einem ambitionierten Klimaschutz unvereinbar. »Wir erwarten eine deutliche Neuorientierung der SPD weg vom Kohlestrom und hin zu Erneuerbaren Energien und zum Energiesparen«, sagte Körner. Das von Kohlekraftwerken mit verursachte Klimaproblem werde innerhalb der SPD heruntergespielt.

Braun- und Steinkohlekraftwerke seien mehr als doppelt so klimaschädlich wie moderne Gaskraftwerke. Ihre Nutzungsdauer betrage rund vierzig Jahre. Würden die bis-

lang bekannt gewordenen Planungen umgesetzt, rückten die deutschen Klimaschutzpläne in unerreichbare Ferne. Bei einer Umsetzung der Neubaupläne würden mehr als 20 Milliarden Euro in eine Technologie von gestern und nicht in Erneuerbare

Energien und letztlich in mehr Arbeitsplätze investiert. In der Folge würden die CO2-Emissionen in Deutschland um rund 100 Millionen Tonnen pro Jahr steigen. Kein Stromkonzern sei bereit, für die neu geplanten Kohlekraftwerke in der gleichen Größenordnung Altanlagen vom Netz zunehmen.

Die Diskussion innerhalb der Partei ist weiter gegangen. Das zeigt ein Beschluss des BPT (12/11):

Auszug:

Grundsatz 12: Fossile Energieträger als Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien - Die fossilen Energietechnologien weiter entwickeln.

Fossile Energieträger sind die Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien. Daher werden wir Deutschlands Kompetenz in effizienten Technologien zur Gewinnung und Verwertung von fossilen Energieträgern weiter stärken. Bestehende fossile Kraftwerke werden modernisiert oder sukzessive abgeschaltet. Im Umfang der heute genehmigten Kapazität von 10 Gigawatt können Kohle- und Gaskraftwerke zugebaut werden. Alle weiteren fossilen Kraftwerksplanungen müssen hocheffizient sein und – zur Unterstützung eines immer höheren Anteils Erneuerbarer Energien – vor allem für eine schnelle und flexible Lastregelung im Elektrizitätsnetz zur Verfügung stehen. Dafür werden wir die gesetzlichen Regelungen im Energiewirtschaftsgesetz und im Bundesimmissionsschutzgesetz treffen.

Die Abscheidung, Speicherung und Wiederverwertung von Kohlendioxid wollen wir weiterentwickeln und sichere und gesicherte Rahmenbedingungen dafür schaffen.



Bericht aus der Hamburger Bürgerschaft: Gelebte Demokratie ist vorwiegend fleißige Arbeit

Der Genosse Buschhüter ist Vorsitzender des Verkehrsausschusses, Mitglied des Untersuchungsausschusses Elbphilharmonie sowie Mitglied im Umweltausschuss der Bürgerschaft. Er erstattete in der AG-60plus im Juli ausführlich Bericht. Seine Ausführungen bezogen sich deshalb hauptsächlich auf verkehrspolitische Probleme:

Wichtigste Aufgabe der neuen Regierung und auch der Hamburger Bürgerschaft, führt der Genosse Buschhüter aus, sei die Haushaltskonsolidierung. Die Ausgaben würden für zehn Jahre gedeckelt, angenommen würden dabei höhere Einnahmen als Ausgaben, so dass die Schuldenbremse bis 2020 eingehalten werden könne.

Das bedeute u.a.: Der Verkehrsentwicklungsplan werde überdacht, im Arbeitsprogramm gebe es keinen Straßenneubau, sondern lediglich eine Bestandssicherung.

Langfristige Ziele:

Die Weiterführung der U4 bis zu den Elbbrücken und Wilhelmsburg; Bau der S4 bis Bargteheide finanziert durch Bund-Land mit einem Anteil für Hamburg von ca. 100 Mio.; Die Voruntersuchung solle noch 2011 abgeschlossen sein. Die S4 solle gleichzeitig mit Fehmarn-Belt-Querung fertiggestellt werden.

Die Stadtbahn bleibe weiterhin eine Option, denn auf Dauer könne der Zuwachs an Fahrgästen nur mit Bussen nicht aufgefangen werden. Zur Zeit ist die Finanzierung einer Stadtbahn über 2019 hinaus für ein Gesamtnetz nicht gesichert.

Neu bewertet werden müssen die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstrasse, die Überdeckung der A7/A26 mit Hafenquerspange.

Kurzfristige Ziele:

Busbeschleunigung solle durch Ampelschaltungen und Busspuren erreicht werden. Dadurch gebe es eine Kapazitätserweiterung.

Barrierefreiheit an allen U-Bahnstationen solle bis 2020 erreicht sein. Weiter im Programm der Ausbau der P&R-Plätze; die Verbesserung der Radwegenetze in den

Quartieren (bis 5 km Umkreis), da diese Radwege am meisten genutzt würden. Der Anteil des Radverkehrs kann dadurch von 9 auf 18 Prozent gesteigert werden.

In der Diskussion für der Genosse Buschhüter aus: Die Elbphilharmonie bedeute eine Haushaltsbelastung von ca. 350 Mio Euro; ein Baustopp sei unrealistisch. Der Hauptgrund für die Kostensteigerung liege in der Auftragsvergabe vor Abschluss der Planung. Auch



Ole Thorben Buschhüter

die Verkehrsanbindung sei schlecht und werde zu weiteren Investitionen führen. Weitere Details werde der Untersuchungsausschuss versuchen zu klären.

Die SPD habe Mitte der 70er Jahre große neue Verkehrsprojekte aufgegeben zugunsten des Individualverkehrs. Busse könnten den Zuwachs an Fahrgästen auf Dauer nicht bewältigen, und deshalb bleibe die Stadtbahn eine Option für die Zukunft.

Zur Anbindung von Steilshoop: Eine Verlängerung der U-Bahn nach Steilshoop sei zwar möglich, einen Bahnhof im Rohbau gibt es aber nicht. Das EKZ sei so gebaut, dass ein nachträglicher Einbau eines

Bahnhofs möglich bleibe. Der Bau der S4 hätte auch den Vorteil der Gleisentlastung im Hauptbahnhof, die Strecke könnte Richtung Westen verlängert werden.

Rückkauf der Netze

Michael Seide spricht in der Sitzung das Thema Rückkauf der Netze an:

Michael Seide, er ist erst vor kurzem aus München „zugereist“, hat über seine Kontakte nach Landsberg(Bayern) erfahren, dass sich dort die Stromnetze in kommunaler Hand selbst finanzieren, und er stellt die Frage, ob diese Konstruktion nicht auch ein Vorbild für Hamburg sein könnte?

Zur Information: Auf Beschluss der Bürgerschaftsfraktion hat Olaf Scholz mit dem schwedischen Konzern Vattenfall über den Rückkauf der Netze im Umfang eines Anteils von 25,1% verhandelt. Die Vertragsgrundlagen sind leider nicht öffentlich. Geplant ist jedoch, Vattenfall die Netze unbefristet zu überlassen. Das heißt Vattenfall hätte nach den Plänen des Bürgermeisters seine Monopolstellung zeitlich unbegrenzt, also ewig vertraglich festgeschrieben: Eine wunderbare Gelddruckmaschine für Vattenfall.

Zur Finanzierung des Rückkaufpreises gibt es noch ein Kuriosum: Es wird von den Verhandlern für die 25 Prozent-Lösung damit geworben, dass Hamburg bei kreditärer Finanzierung des Rückkaufs die Zinsen aus garantierten 4 % Dividenden aufbringen könne. Diese Argumentation bestätigt, dass die gleiche Finanzierungsmethode auch bei 100 Prozent funktionieren müsste. Tatsächlich bedeutet diese Dividendenfestlegung, dass Vattenfall danach regelmäßig an der Gebührenschaube drehen wird. Einem Monopolisten ist das zuzutrauen.

Innere Sicherheit und Datenschutz

Wenn man wie Matthias Albrecht an einer Stelle tätig ist, an der auch sensible Daten verarbeitet werden, ist es gut, wenn man sich mit den Regeln des Datenschutzes auskennt. Für Matthias hat das Thema allerdings eine eminent politische Bedeutung.

Matthias Albrecht spannte in seinem Referat bei 60plus das Thema auf zwischen den beiden Polen „maximale Sicherheit“ bei gleichzeitiger „größtmöglicher Freiheit“. Dabei begründete er zunächst, warum ihm im Bereich der Inneren Sicherheit Datenschutz besonders wichtig ist. Gerade die Ereignisse in Oslo hätten gezeigt, wie schwierig es sei, das richtige Maß herzustellen. Einerseits gebe es immer wieder Impulse von Seiten der Polizei, möglichst viele Erkenntnisse bei der Kriminalitätsbekämpfung zu sammeln, auf der anderen Seite werde befürchtet, wir verlören dadurch immer mehr an Freiheit. Matthias nennt deshalb unser Thema: „Freiheit und Sicherheit“. Zwischen beiden Polen müsse sich politisches Handeln einpendeln.

An Beispielen erläuterte Matthias die Praxis der Vorratsdatenspeicherung und das Vorgehen bei Online-Untersuchungen. Er nahm dabei „historischen“ Bezug auf die RAF, um den Begriff der Rasterfahndung zu erläutern. Die Grenzen der Rasterfahndung wurden allerdings jetzt auch in Oslo aufgezeigt: Obwohl man Daten über den Einkauf von Chemikalien des Massenmörders hatte, reichten sie nicht aus, um rechtzeitig gegen ihn vorzugehen. Auf der anderen Seite stünden die Verteidiger der Freiheit oder auch diejenigen, die auch gern sagen: Ich habe ja nichts zu verbergen.

Im Einzelnen zu den Punkten: Vorratsdatenspeicherung wurde

zunächst beschlossen, dann aber vom Verfassungsgericht kassiert. Alle Verbindungsdaten (Handy, Mail, etc.) werden ein halbes Jahr lang gespeichert. So wurden z.B. Daten gesammelt, wer mit wem im Rotlichtviertel kommuniziert.



Matthias Albrecht

Beispiel Dresden: Demos von Nazis und Gegendemonstrationsorganisationen. Der Grünenpolitiker Malte Spitz hatte um Herausgabe seiner im Rahmen der Rasterfahndung gespeicherten Daten mit Erfolg geklagt. Matthias erläutert anhand eines dynamischen Schaubildes, wie man sich diese Art der Fahndung vorstellen kann. Alle Handyanbieter, Onlinefirmen etc. seien gehalten, Daten zu speichern, um Fahndungsprozesse möglich zu machen. Konspirative Hausermittlungen seien allerdings generell nicht erlaubt. Sollte ein Rechner beschlagnahmt werden, bedürfe es einer richterlichen Anordnung.

Matthias weist noch auf das SWISS-Abkommen hin: Eine Vereinbarung, nach der sämtliche Geldströme in die USA kontrolliert

weitergeleitet werden müssen. Es ginge darum, Daten bereits im Vorfeld von Straftaten zu erhalten. Zur Aufklärung von Straftaten sei die Datenauswertung eher uninteressant. Schwierig würde die Bewertung der Maßnahmen, wenn es nicht um Terrorismusabwehr geht, sondern um Angelegenheiten aus dem privaten/wirtschaftlichen Bereich.

Ausrutscher: Rentenpolitik auf der KDV im August

Wer geglaubt hatte, die SPD hätte ihre neoliberale Phase spätestens nach den letzten Bundesparteitagen überwunden, sah sich - jedenfalls in Wandsbek - im August getäuscht. Im Auftrag des Kreisvorstandes brachten Niels Weiland u.a. einen Antrag zur Rentenpolitik ein, der ähnlich wie CDU-Ministerin v.d.Leyen eine obligatorische Privatrentenversicherung forderte:

„Das von der rot-grünen Bundesregierung in den 2000er Jahren zur Sicherung der Rentenhöhe eingeführte „Drei-Säulen-Modell“ der Rente (1. Säule: Umlagefinanzierung, 2. Säule: private Vorsorge, 3. Säule: betriebliche Vorsorge) entspricht den Veränderungen der Produktionsfaktoren in unserer Volkswirtschaft. Eine kapitalgedeckte Zusatzrente sollte deshalb nicht freiwillig, sondern obligatorisch für jeden gesetzlich Rentenversicherten sein; neben der bewährten betrieblichen Altersvorsorge muss für alle Versicherten der GRV eine kapitalgedeckte Zusatzrente aufgebaut werden.“

Die von dem AK „Rente“ vorgelegten und von 60plus unterstützten Vorschläge konnten sich nicht durchsetzen. Glücklicherweise hat die Antragskommission des Landesparteitages aufgepasst, und die Wandsbeker mussten ihren neoliberalen Antrag zurückziehen.

Zur „neoliberalen Phase“ der SPD (Blair/Schröder-Papier, 3. Weg, Aufhebung der Besteuerung von Spekulationsgewinnen 1999, Investmentmobilisierungsgesetz 2004, Agenda 2010) siehe Seite 13.

Wie kann die Euro-Krise bewältigt werden?

Christa Randzio, vor Knut Fleckenstein unseren Vertreterin im Europäischen Parlament, präsentierte sich und das Thema der Krise im Euroland bei 60plus quirlig und souverän wie immer.

Christa gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der vergangenen Jahre: Auf dem G-20-Treffen in Pittsburg seien gute Ansätze zur Verbesserung der Finanzsituation erkennbar gewesen. Es sollten eine effektive Beaufsichtigung der Banken und ein Regelwerk für alle Finanzprodukte entwickelt werden. Aber in den Folgejahren habe es keine gemeinsamen Beschlüsse zur Beaufsichtigung der Finanzprodukte und zur Regulierung der Märkte gegeben. Alle Regierungen, auch die sozialdemokratischen, hätten versagt. Es handele sich bei der Krise nicht um eine Euro-Krise, sondern um eine Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Der Euro sei weiterhin eine stabile Währung.

Was ist zu tun: Das Primat der Politik müsse wiederhergestellt werden. In der EU sei ein gemeinsamer Wille zur Veränderung nötig.

Zur Erinnerung: 23 von 27 EU-Staaten haben konservative Regierungen. Ihr Konzept heißt Sparen und Privatisieren. Sozialdemokraten wollen Sparen *und* Wachstum durch Konjunkturprogramme, um dauerhaft die Zukunft aller beteiligten Staaten zu sichern.

Eine Einführung von Euro-Bonds würde zwar die Spekulation eindämmen, für diese Anleihen müsse aber die EU haften. Weiter möglich sei auch ein Aufkauf von Staatsanleihen von finanzschwachen Staaten, um sie zu stützen.

In der Diskussion mit Christa wird gefragt, was für Deutschland günstiger sei: Eurobonds oder eine kräftige Aufstockung des Rettungsschirms. Vor Beantwortung dieser Frage meint Christa, sei wichtig die

Tatsache, dass wir bisher von der derzeitigen wirtschaftspolitischen Konstruktion profitiert haben. Unsere Exporte wurden mit harten Euro bezahlt, haben unsere Industrie am Laufen gehalten und Arbeitsplätze finanziert. Das Prinzip Euro-Bonds bedeute, Staaten mit hohen Anleihenzinsen würden profitieren, auf Deutschland kämen nach einem Junker-Gutachten kei-



Christa Randzio

ne exorbitant höheren Zinsen zu, nach anfangs höheren Zinsen würden sie sich auf einem mittleren Wert einpendeln.

Und zur Erinnerung: Der Hauptgrund für die Einführung des Euro war der politische Wille, besser und friedlich in einem geeinten Europa zusammen zu leben.

Was wir brauchen: Eine Vereinheitlichung der Körperschaftssteuer und Vermögenssteuer, eine Steuer auf Finanzgeschäfte, eine Mehrwertsteuer auch auf Finanzprodukte aller Art.

Die Schuldenbremse bedeute keine Gefahr für den Sozialstaat, denn die Maßnahmen bleiben in nationaler Kompetenz.

Reingegrätscht: Rentenpolitik am dem LPT

Wie schon umseitig erwähnt hatte die KDV-Wandsbek auf LPT einen Antrag zur Rente eingebracht, der für den kleinen Mann eine schiefe Zumutung sein müsste: Zwangsweise Geld in die privaten Rentenfonds mit garantierter Armut im Alter. Der Wandsbeker AK-Rente hatte zur Abwehr dieser Position am dem LPT folgenden Initiativantrag gestellt:

Gesetzliche umlagefinanzierte Rente verteidigen und ausbauen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Der Landesparteitag bekräftigt die Positionen des Hamburger Programms zur Rentenversicherung:

- Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule einer armutsfesten Alterssicherung.
- Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung auf alle Erwerbstätigen ausdehnen.
- Dabei halten wir am Erwerbseinkommen und an der Erwerbsdauer als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

2. Darüber hinaus unterstützt der Landesparteitag die vom SPD-Präsidium am 23.8.2010 vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die zunehmende Altersarmut, zur Generationengerechtigkeit und zur Beitragsstabilität, insbesondere...

3. Der Landesparteitag hält fest an den Forderungen nach:

- Entrichtung von Sozialabgaben auch im Niedriglohnsektor und
- angemessene Zahlung von Beiträgen der Träger für Arbeitssuchende (ALG II).
- Das faktische Renteneintrittsalter ist an das gesetzliche Eintrittsalter heranzuführen.

4. Der Landesparteitag lehnt eine zwangsweise Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzrente (Zwangsriestern) entschieden ab.“

Auch wenn der Wandsbeker Renten Antrag und danach auch o.a. Antrag auf dem LPT zurückgezogen wurden, bleibt uns das Thema auch im kommenden Jahr erhalten, denn eine Befassung auf einem LPT ist angekündigt, und vielleicht liegen dann auch Ergebnisse der Bundesarbeitsgruppe vor, die der letzte Bundesparteitag beschlossen hat.

„Elbvertiefung ökologisch schlecht, ökonomisch gut?“ Brauchen wir sie wirklich?

Zu Besuch bei 60-plus heute: Manfred Braasch, Vorsitzender des BUND Hamburg. Der BUND hat insgesamt über 400.000 Mitglieder; in Hamburg rund 7.500, keine ganz kleine Organisation also. Der BUND, erläutert Herr Braasch, sei insbesondere stark engagiert in der Betreuung von Grünflächen, versuche aber auch politisch Einfluss zu nehmen in allen Fragen des Umweltschutzes.

Herr Braasch stellt uns die Unter- und Außenelbe, auch Elbeästuar genannt, vor. Sie sei die Heimat zahlreicher Pflanzen und Tiere, von denen einige weltweit nur dort vorkommen. Das Elbeästuar ist deshalb im Rahmen des europäischen Naturschutznetzes Natura 2000 als Gebiet von herausragender Bedeutung benannt worden. Gegen das Interesse des Erhalts dieser ökologisch wertvollen Flächen steht das wirtschaftliche Interesse der Reedereien. Insbesondere Containerschiffe aus Fernost mit 350 m Länge und immer größerem Tiefgang sollen Hamburg anlaufen können. Die natürliche Wassertiefe der Elbe liegt bei 4m. Jetzt wird die Elbe laufend ausgebaggert, um die Tideelbe auf 14 m zu halten. Z.Zt ist eine weitere Vertiefung um 2m geplant. In den letzten 60 Jahren seien durch die Elbvertiefung und entsprechende Deichbauarbeiten 21.000 Hektar Vordeichflächen verloren gegangen.

Die letzte Elbvertiefung habe 1999 stattgefunden. Ziel war die „Verringerung des Aufwandes für die Unterhaltung der Fahrrinne durch strombauliche Maßnahmen.“ 6 Mio. Kubikmeter Aushub werden pro Jahr bewegt. Seitdem habe die Zahl Sauerstoff-kritischer Tage zugenommen. Der Wanderzug der Fische stau sich bereits auf der Ebene Wedel/Blankenese wegen der Sauerstoffbarriere.

Risiken der Elbvertiefung lägen unter der Wasseroberfläche, meint Kollege Braasch: Sauerstoff, Fischfauna, Sediment-Transport, Schädigung der Auwälder, Verschiebung der Brackwasserzone. Auch der

Obstbau im Alten Land sei von den Maßnahmen betroffen, weil die Flächen dort mit Elbwasser bewässert werden. Das ginge nicht mehr, wenn der Salzgehalt der Elbe zunehmen sollte.

Herr Braasch nennt Zahlen zum geplanten und tatsächlichen Tiefgang von Containerschiffen. Einlaufend wird z.Zt. mit 15,20 m Tiefgang gerechnet, auslaufend mit 13,50 m. Tendenziell würde das Gewicht der



Manfred Braasch

Container im Übrigen leichter, auch einlaufende Schiffe seien in der Regel nicht voll beladen. Um wie viele Schiffe es also gehe, sei eine entscheidende Frage, wenn man auch über die Kosten der Elbvertiefung von 500 Mio. € nachdenkt. In welchem Verhältnis stehen also Aufwand und Nutzen der Elbvertiefung.

Bei der Suche nach Alternativen, führt Herr Braasch weiter aus, sind etliche gesetzliche Vorgaben (FFH-Richtlinie /WRRL) zu beachten. Eine der denkbaren Alternativen sei eine Elbvertiefung light. Bezieht man Hamburgs Vorhäfen mit ein, stelle man schnell fest, dass es ein

Fehler war, sich aus dem Vorhaben Jade/Weserport zu verabschieden. Die Elbvertiefung wurde bereits 2006 beantragt, seitdem gebe es 7000 Einwändungen. Erforderlich sei auch eine Stellungnahme der EU-Kommission (die bei Erscheinen dieses Berichts vorliegt). Mit einem Planfeststellungsbeschluss kurzfristig zu rechnen. Es bliebe auch noch die Klageoption beim Bundesverwaltungsgericht. Der Vorschlag des BUND zielt insgesamt auf ein „Norddeutsches Hafenkonzept, also einschließlich Weservertiefung und Jade/Weser-Port.

In der Diskussion wird auf die bisherige und längerfristige Entwicklung des Hafens hingewiesen, dabei insbesondere auf den Hafen als Arbeitgeber. Vor 2008 wurden in Hamburg rund 10 Mio TEU / a umgeschlagen, in 14 Jahren soll es die zweieinhalbfache Menge werden. Das sei infrastrukturtechnisch – so der BUND – nicht möglich. Immerhin gingen 60 Prozent der Güter gehen über die Straße. Ein solches Wachstum würde den Verkehrsinfarkt bedeuten.

In der Diskussion wird gefragt, wie viele Reedereien welche Vorteile durch die Elbvertiefung hätten. Die Zahl lasse sich an einer Hand abzählen; und der Vorteil dieser Reedereien, Mærsk an der Spitze, bedeute proportional noch wenige Personal an Bord, noch weniger Lohn. Im Übrigen wird eingewandt, dass unter Einbeziehung insbesondere von Rotterdam eigentlich eine europäische Wirtschafts- und Umweltpolitik angestrebt werden sollte. Das Thema wird uns noch länger begleiten.

Die Finanzkrise und kein Ende

Wirkliche Finanzexperten sind in der SPD nicht ganz leicht zu finden. Seit kurzem haben wir einen solchen im Kreisvorstand: Dr. Joachim Seeler, jr., (47) bis vor Kurzem noch CEO des Emissionshauses Hamburg Trust, davor Mitarbeiter bei der HSH-Nordbank, heute selbständiger Fondmanager. Er gab der AG-60plus eine Einführung in die Geheimnisse der Bankenwirtschaft.

Joachim Seeler skizzierte zunächst einen „größeren Rahmen“, um nicht nur über Bankendetails zu reden. Historisch sei es nicht ungewöhnlich, dass auf eine Bankenkrise eine Staatenkrise folge. In den letzten 25 Jahren hätten wir fast durchgängig Wachstum gehabt. Auch der Welthandel insgesamt sei durchgängig von Wachstum geprägt gewesen, trotzdem hätten sich viele Staaten verschuldet. Durch die Vernetzung/Globalisierung werde die griechische Krise heute selbst in China wahrgenommen. Nun habe sich die Finanzwirtschaft jedoch von der Realwirtschaft abgekoppelt. Pro Tag wechseln 1,2 Milliarden Euro auf den Finanzmärkten den Besitzer, nur ein Bruchteil dieser Summen bewegten sich in der Realwirtschaft. Viele dieser Geschäfte seien bloße Wetten, hinter denen keine realen Geschäfte stünden. 1960 belief sich das BIP auf 146 Milliarden, die Bilanzsumme der Deutschen Bank kam immerhin auf den Betrag 4 % dieser Summe. Heute betrage die Bilanzsumme der Deutschen Bank das Sechsfache des Bundeshaushalts. Die Bilanzsumme der HSH zum Beispiel, um die Verhältnisse zwischen Staat und Banken zu beschreiben, betrug das Fünfehnfache des öffentlichen Haushalts in Hamburg. 70 Prozent des Jahresetats des Hamburger Haushalts sei an die HSH – zu deren Rettung – gegangen. Große Teile der Finanzmärkte seien bis heute nicht reguliert. Die von uns geforderte Finanztransaktionssteuer sei immer noch nicht umgesetzt.

Teil II der Krise: Wir hätten unsere Schulden immer weiter an-

steigen lassen, der Staat nehme Schulden auf, tilge aber nicht. Die Zinsen würden im nächsten Jahr jeweils mit neuen Schulden bezahlt. Daraus folge eine exponentielle Verschuldungsrate. Die Gläubiger seien Banken, Pensionskassen, private und staatliche Fonds. Durch die Bankenkrise und durch die Konjunkturprogramme wurden die Schulden noch einmal erhöht.

Was habe die Politik – stellt der Referent die Frage – zur Lösung



Joachim Seeler Jr.

dieser Probleme getan? Die Europäische Zentralbank habe begonnen, selbst unter Druck geratene staatliche Anleihen zu kaufen, bisher im Umfang von 153 Milliarden Euro. 7,5 Milliarden betrüge allein der wöchentliche Finanzierungsbedarf Italiens. Um die EZB mit dieser Aufgabe nicht länger zu belasten, wurde der EFSF eingerichtet, der Notfallkredite vergeben kann. Auch Banken und Versicherungen besäßen viele dieser Staatsanleihen. Die müssten abgeschrieben werden, wenn Griechenland pleite ginge. Wenn Frankreichs Banken ihre Forderungen abschreiben müssten, wäre die Insolvenz die Folge.

Joachim Seeler geht schließlich auf die Entscheidungen der letz-

ten Woche ein: Um mehr Mittel zu generieren, habe man sich eines so genannten Hebels bedient. Dadurch würden die von den Staaten bereit gestellten Summen verfünffacht. Frankreichs Vorschlag, der EFSF eine Banklizenz zu geben, sei abgelehnt worden. Angenommen wurde der deutsche Vorschlag, nach dem der EFSF bei Käufen privater Anleger die ersten 30 Prozent absichere.

Joachim Seeler stellt 4 Strategien vor, die gegen die überbordenden Staatsverschuldungen eingesetzt werden könnten: 1. Wachstum; 2. Die Schulden werden weginflationiert. 3. noch kräftiger sparen, und 4. wer nicht mithalten kann, tritt aus Eurozone aus. Joachims übergreifendes Fazit: Wenig überzeugend, aber wir haben keine gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalunion geschaffen, wir brauchen aber mehr Europa.

In der Diskussion gibt es viele Fragen. Günter möchte wissen, ob der „Kapitalismus am Ende“ sei. Der Referent antwortet geduldig und reagiert auf Kommentare der GenossenInnen. Nein, die Engländer seien nicht beteiligt an der Rettung. Ja, es mache Sinn, Geschäftsbanken und Investmentbanking zu trennen. Ja, die Transaktionssteuer müsse auch dann eingeführt werden, wenn sich nicht alle Länder daran beteiligen. Ja, es sei kaum etwas zur Regulierung der Finanzmärkte umgesetzt worden.

Dietrich verweist schließlich auf das Problem des Zinswuchers, der historisch immer wieder geächtet wurde, heute aber ungezügelt akzeptiert werde.

Vorstandssitzung zum Jahresausklang mit Kerzen Einzigster Tagesordnungspunkt: Rückschau auf 2011 und Arbeitsplanung für das Jahr 2012

Alle Genossinnen und Genossen sind eingeladen an den monatlichen Sitzungen teilzunehmen. Die Sitzungen finden regelmäßig an jedem ersten Dienstag im Monat, um 10 Uhr, im Kreisbüro Schloßstraße 12 statt.

3.01.12: Bericht vom Bundesparteitag. Ref. Aydan Özoguz, MdB.

7.02.12: Regelungen und Grenzen der Finanzmärkte.

6.03.12: Hängt Hamburgs wirtschaftliche Zukunft (nur) am Hafen ??

3.04.12: Rentenpolitik gegen Altersarmut.

8.05.12: Alternativen zum Kapitalismus, Gemeinwohlökonomie??

5.06.12: Bundeswehreinsätze / Friedenseinsätze ??
Die Zukunft der Bundeswehr.

3.07.12: Arbeitsmarktpolitik in Hamburg.

7.08.12: Energiewende.

4.09.12: Innerparteiliche Demokratie, nach der Parteireform.

2.10.12: Obdachlosigkeit in Hamburg. Was tun wir?? (Verscheuchen?)

6.11.12: Schuldenbremse sinnvoll ??

4.12.12: Rückschau 2012 und Planung 2013.

März/April Orgawahl: Vorstands und Delegiertenwahl,
zur Mitgliederversammlung wird rechtzeitig eingeladen.

Als Tagesausfahrt planen wir eine Fahrt nach Wismar. Besuch der Wismarer GenossInnen und einer Werft.